

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/12 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 26. Juli 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze
in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26**

A. Problem

Auf den Vertrag vom 26. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26, findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung. Daher ist die Zustimmung des Deutschen Bundestages in der Form eines Bundesgesetzes erforderlich.

B. Lösung

Zustimmung durch Annahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

Einstimmigkeit

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 15/12 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 18. Dezember 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Renate Blank
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Renate Blank

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/12 in seiner 12. Sitzung am 3. Dezember 2002 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung beinhaltet die gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung des Deutschen Bundestages zu dem Vertrag vom 26. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 15/12 in seiner 6. Sitzung am 18. Dezember 2002 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 3. Sitzung am 18. Dezember 2002 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung.

Berlin, den 18. Dezember 2002

Renate Blank
Berichterstatlerin

